

**Bundesministerium für Familie,
Jugend und Konsumentenschutz**

Sektion III

31 6100/5-III/1/86

**Neue Telefonnummer:
51 507 / 0**A-1015 Wien, Schuberting 14
Postfach 10
Telefon 53 25 04-6
Durchwahl

Sachbearbeiter:

An das
Präsidium des NationalratesParlament
1010 W i e n
=====

BUNDESRAAT	ENTWURF
Zl. 12	-GE/9 86
Datum:	- 7. MRZ. 1986
Verteilt	7. MRZ. 1986

grob
St. Klammer

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
des Fremdenpolizeigesetz geändert wird
(Fremdenpolizeigesetznovelle 1986)

Bezug: Schreiben des Bundesministeriums für
Inneres vom 17. Feber 1986,
79.003/5-II/14/86

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumenten-
schutz beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu
dem im Gegenstand bezeichneten Gesetzesentwurf zu über-
senden.

6. März 1986

Für den Bundesminister:

F I N D E R

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:*Eckelberg*

**Bundesministerium für Familie,
Jugend und Konsumentenschutz**

Sektion III

31 6100/5-III/1/86

Neue Telefonnummer:
51 007 / 0A-1015 Wien, Schuberting 14
Postfach 10
Telefon 53 25 04-6
Durchwahl

45

Sachbearbeiter:
Dr. FillerAn das
Bundesministerium
für InneresHerrengasse 7
1014 W i e n
=====

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Fremdenpolizeigesetz geändert wird
(Fremdenpolizeigesetznovelle 1986).

Bezug: Schreiben vom 17. Feber 1986,
79.003/5-II/14/86

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumenten-
schutz erstattet zum oben bezeichneten Gesetzesentwurf
folgende

S T E L L U N G N A H M E

=====

Der Entwurf des Bundesministeriums für Inneres zur Fremden-
polizeigesetznovelle 1986 löst den vom Verfassungsgerichts-
hof in seinem Erkenntnis vom 12. Dezember 1985, G 225-228,
245, 246, 248-257, festgestellten Widerspruch des geltenden
Fremdenpolizeirechts zu Art. 8 EMRK auf Achtung des Privat-
und Familienlebens und dem Prinzip der inhaltlichen Bestimm-
theit des Art. 18 B-VG auf.

Er übernimmt ausdrücklich die Kriterien aus Art. 8 EMRK
auf Achtung des Privat- und Familienlebens, die gegen die
für die Erlassung eines Aufenthaltsverbotes sprechenden
öffentlichen Interessen abzuwägen sind. Die Erlassung eines

Aufenthaltsverbotes und der damit zusammenhängende Eingriff in das Recht eines Fremden auf Achtung seines Privat- und Familienlebens wird daher nur zulässig sein, wenn dieser Eingriff zum Schutze bestimmter - dem Art. 8 Abs. 2 EMRK nachempfundenen - öffentlich-rechtlicher Interessen notwendig ist.

Diese Angleichung des Fremdenpolizeirechts an den Rechtsschutzstandard, wie ihn die Europäische Menschenrechtskonvention für den Bereich des Privat- und Familienlebens vorsieht, wie auch die bessere Vorhersehbarkeit fremdenpolizeigesetzlicher Sanktionsfolgen auf bestimmtes Verhalten im gegenständlichen Entwurf, wird aus der Sicht des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz begrüßt.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

6. März 1986

Für den Bundesminister:

F I N D E R

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Schulz